

CDU. Sie galten zunächst den früheren landespolitischen Zielsetzungen, wonach man Offen- einheitlich gemeinsamen Offenburg stören, weil burg nur eine Entwicklungschance gegeben ha- es als Enklave zwischen Offenburg und den anderen Stadtteilen liegen würde.

CDU gegen Polarisierung Offenburg-Ortenberg

Die Stadtverwaltung, so forderte Fehringer, sollte alles tun, um eine mündliche Anhörung bei der Landesregierung zu erreichen, an der auch nach Möglichkeiten die Stadtratsfraktionen beteiligt werden. Es sollte aber auch alles unterlassen werden, was eine Polarisierung Offenburg-Ortenberg hervorrufen könnte und eine spätere Einheitsgemeinde stören würde. Den Gemeinden Windschlag und Bohlsbach aber sei zu versichern, daß ihnen im Rahmen der Ortschaftsverfassung die Eigenständigkeit zugesichert wird, wie sie die anderen auch erhalten werden. Im Falle einer Eingliederung müßte ihnen aber auch klar gesagt werden, welche Struktur ihnen künftig zukommen werde. Fehringer gab für seine Fraktion die Zustimmung.

Für die SPD-Gemeinderats-Fraktion bedauerte es Stadtrat Kiefer, daß sich die Bürger der Gemeinden Bohlsbach, Ortenberg und Windschlag bisher nicht zu dem gleichen freiwilligen Schritt wie die anderen Umlandgemeinden hätten entschließen können. Die ursprüngliche Zielplanung sei konsequenterweise

von einer homogenen Geschlossenheit unseres engverflochtenen Raumes ausgegangen. Für seine Fraktion bezeichnete es Kiefer völlig unerfindlich, daß die derzeitige CDU-Landesregierung den Blick von dem „Sinnvollen und Guten abwendet und aus unerklärlichen Gründen einen Einbruch in diese naturbedingte Geschlossenheit versucht.“ Die Absicht, Ortenberg einen eigenen Teilverwaltungsraum zuzugestehen, habe in Offenburg und in den inzwischen freiwillig eingegliederten Gemeinden das Vertrauen in die konsequente Haltung der Landesregierung hinsichtlich der Zielplanung auf das stärkste erschüttert. Diese Maßnahme belastete mit einiger Sicherheit das bisherige gute Verhältnis der Stadt zu den neun eingegliederten Stadtteilen.

Seine Fraktion begrüße die Eingliederung von Bohlsbach und Windschlag sehr, entspreche diese doch voll und ganz den Notwendigkeiten. „Wir sind davon überzeugt, daß schon nach kurzer Zeit auch die Bürger dieser Gemeinden die Richtigkeit dieser Maßnahmen einsehen werden.“